

Britta Weichers

Der deutsche Osten in der Schule

Institutionalisierung und Konzeption
der Ostkunde in der Bundesrepublik
in den 1950er und 1960er Jahren



Die Deutschen und das östliche Europa
Studien und Quellen 10



PETER LANG
EDITION

Einleitung

Das Thema Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Europa schlägt auch über 60 Jahre nach den Ereignissen in der deutschen Gesellschaft noch hohe Wellen und birgt politischen Zündstoff. Deutlich wird dies an der Debatte um einen nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibungen. Bereits 2003 hatte der Bundesrat einen solchen Gedenktag gefordert, im Februar 2011 beriet der Bundestag schließlich über einen neuerlichen Vorstoß der Regierungsfractionen CDU/CSU und FDP. Dabei ist das eigentlich Kritikwürdige nicht die Einrichtung eines Vertriebenengedenktages, sondern der explizite Bezug auf die Charta der Heimatvertriebenen, der in dem Antrag *60 Jahre Charta der Heimatvertriebenen – Aussöhnung vollenden* deutlich wird und der äußerst problematisch ist. In dem Antrag heißt es, dass die Charta vom 5. August 1950 ein wichtiger »Meilenstein auf dem Weg zur Integration und Aussöhnung«¹ gewesen sei, da die Vertriebenen darin explizit auf Rache und Vergeltung verzichtet und sich der Schaffung eines geeinten Europas verpflichtet hätten. Weiterhin zitiert der Antrag Bundestagspräsident Norbert Lammert mit den Worten, die Charta gehöre zu den »Gründungsdokumenten der Bundesrepublik Deutschland« und sei »eine wesentliche Voraussetzung ihrer vielgerühmten Erfolgsgeschichte.«² Darüber hinaus sehen die Antragsteller es als »längst überfällig« an, die »Stigmatisierung der Opfer von Flucht und Vertreibung sowie deren Nachkommen zu beenden.«³ Mit der Annahme des Antrages durch die Regierungskoalition wurde die Bundesregierung aufgefordert, zu prüfen, ob der 5. August zum bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Vertreibung zu erheben sei.⁴

Dieser Antrag stieß nicht nur auf breite Kritik der Opposition im Bundestag, sondern veranlasste auch deutsche und polnische Wissenschaftler zu einer Erklärung, in der die Annahme des Antrags als »falsches geschichtspolitisches Signal« und die Charta selbst für einen Gedenktag als »denkbar schlechte Grundlage« bewertet wurde.⁵

1 Antrag der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP »60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Aussöhnung vollenden«, 15. Dezember 2010, Drucksache 17/4193, S. 2.

2 Ebd.

3 Ebd., S. 3.

4 Vgl. ebd., S. 4.

5 Erklärung zum Beschluss des Bundestages »60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Aussöhnung vollenden«, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=1468&type=diskussionen>, Zugriff 22.06.2011.

Denn in der Charta finde sich

»kein Wort zu den Ursachen des Krieges, zu den nationalsozialistischen Massenverbrechen, zum Mord an Juden, Polen, Roma und Sinti, sowjetischen Kriegsgefangenen und anderen verfolgten Gruppen, kein Wort zum Generalplan Ost, der die Vertreibung und Vernichtung von Millionen »slawischer Untermenschen« nach dem »Endsieg« vorsah. Stattdessen erklärten sich die deutschen Vertriebenen selbst zu den »vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen«, was angesichts des nationalsozialistischen Massenmords eine groteske Verzerrung der historischen Wirklichkeit darstellt. Das Wort »Versöhnung« taucht in der »Charta der deutschen Heimatvertriebenen« nicht auf. Vielmehr wird darin gänzlich deplatziert auf »Rache und Vergeltung« verzichtet, als gäbe es einen solchen Anspruch. Und hinter dem proklamierten »Recht auf Heimat« stand 1950 weiterhin die Forderung nach territorialer Revision der Nachkriegsgrenzen.«⁶

Für Angehörige der Nationen, die Opfer der Nationalsozialisten geworden seien, stelle die Charta daher »kein Dokument der Versöhnung dar.« Sie »zur Grundlage des neuen nationalen Gedenktags zu erheben«, widerspreche den Bemühungen »um ein würdiges europäisches Gedenken an Vertreibung«.⁷

In einem Gastbeitrag für die *Frankfurter Rundschau* erklärt auch der polnische Historiker Krzysztof Ruchniewicz, dass das »Dokument keine Grundlage für eine Versöhnung«⁸ der Deutschen mit ihren Nachbarn darstellen könne. Für Raphael Gross steht diese Aussöhnung daher auch gar nicht im Zentrum des Antrages der Regierungskoalition⁹, sondern, wie es die Antragsteller selbst formulierten, »die Aussöhnung der Deutschen mit sich selbst beim Kapitel Vertreibung«.¹⁰ Der Antrag zeuge daher auch »von einem Umgang mit dem Thema der Vertreibung, der den Gedanken der »Versöhnung« [...] geschwind unter den Tisch fallen lässt.« Ansonsten sei es nicht zu erklären, warum die Charta der Heimatvertriebenen, die »ein deutliches Abbild des schwierigen Umgangs mit der NS-Zeit in den frühen fünfziger Jahren

6 Ebd.

7 Ebd.

8 Krzysztof Ruchniewicz: Rückfall in Zeiten des Kalten Kriegs, in: *Frankfurter Rundschau* vom 8. Februar 2011, www.fr-online.de/politik/meinung/rueckfall-in-zeiten-des-kalten-kriegs/-/1472602/7168116/-/index.html, Zugriff 11. Februar 2011.

9 Vgl. Raphael Gross: Die Mär von der Versöhnungs-Charta, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 10. Februar 2011, www.sueddeutsche.de/politik/plaene-fuer-neuen-vertriebenen-gedenktag-die-maer-von-der-versoehnungs-charta-1.1058327, Zugriff 11. Februar 2011.

10 Antrag »60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Aussöhnung vollenden«, 2010, S. 4.

und kein leicht zu feierndes Dokument« sei, Grundlage eines neuen nationalen Gedenktages werden solle.¹¹

Die Charta der Heimatvertriebenen ist Ausdruck von der mangelhaften Reflexion der Geschehnisse im Vorfeld und während des Zweiten Weltkrieges insbesondere in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten. Dass die Deutschen gar kein Recht auf Rache und Vergeltung hatten, worauf sie hätten feierlich verzichten können, und dass sie nicht erwarten konnten, dass »die Völker der Welt ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden«¹², sahen die Verfasser der Charta offenbar nicht. Anstatt versöhnliche Töne anzuschlagen, stellten sie revisionistische Ansprüche und forderten die Rückgabe ihrer ostdeutschen Heimat. Auch wenn man laut Ruchniewicz relativierend feststellen könne, »dass die Charta ein Kind ihrer Zeit war, das Produkt einer traumatisierten Gruppe«, die versucht habe, sich als unschuldiges Opfer zu stilisieren, was »historisch und psychologisch« nachzuvollziehen sei, dürfe man das Verhalten der Verfasser heute »aber nicht gutheißen«.¹³

Insofern ist es überraschend, dass Abgeordnete des Deutschen Bundestages die Charta völlig unreflektiert und unhinterfragt als noch immer vorbildlich herausstellen, sie als Gründungsdokument der Bundesrepublik und sogar als Meilenstein auf dem Weg zur Versöhnung bezeichnen. Dies zeugt von einem eklatanten Mangel an politisch-moralischer und historischer Distanz, die eine wirkliche Aussöhnung mit den Nachbarn verhindert. »Den ›Verzicht auf Rache‹ mit einem bundesdeutschen Gedenktag zu ehren [...], wäre geschichtspolitisch das völlig falsche Signal.« Eine Versöhnung, »die auf einem ›Verzicht auf Rache‹ beruht«, ist »völlig undenkbar«.¹⁴

Auch wenn sich die Deutschen heute wieder verstärkt für den ehemaligen deutschen Osten und die Vertreibung ihrer Vorfahren aus der ostdeutschen Heimat interessieren, wie die Redaktion des *Spiegel Geschichte* im Vorwort ihres Themenheftes *Die Deutschen im Osten* behauptet¹⁵, bleibt doch festzuhalten, dass eine kritische Auseinandersetzung mit der Behandlung dieser Themen in den 1950er und 1960er Jahren völlig fehlt. Argumentationen von Interessenvertretern der Vertriebenen werden wie im Antrag der Regierungskoalition unhinterfragt übernommen. Eine Versöhnung mit den osteuropäischen Nachbarn ist allerdings nicht möglich, wenn ein deutscher *Opfermythos* aufrecht-

11 Gross: Die Mär von der Versöhnungs-Charta, 2011.

12 Vgl. Charta der Heimatvertriebenen vom 5. August 1950, abgedruckt in: SEB 7/1960, Heft 4, S. 3.

13 Ruchniewicz: Rückfall in Zeiten des Kalten Kriegs, 2011.

14 Ebd.

15 Vgl. Spiegel Geschichte: Die Deutschen im Osten. Auf den Spuren einer verlorenen Zeit, 1/2011, S. 3.

erhalten und das Gedenken an die Vertreibung auf die deutschen Erfahrungen eingeeignet wird. Verständigung kann nur dann gelingen, wenn Deutsche und Osteuropäer sich auf Augenhöhe begegnen und auch deutsche Verbrechen im Osten benannt werden. Es ist daher wichtig, die Entstehungszeit der Charta und die Forderungen der Vertriebenen und ihrer Verbände in der Nachkriegszeit näher zu beleuchten, um die damalige Argumentation zu reflektieren und nicht kritiklos zu übernehmen.

In diesem Rahmen ist auch die sogenannte Ostkunde zu betrachten, die als Forderung der Vertriebenen in den 1950er und 1960er Jahren ein zentrales Bildungsanliegen darstellte, welches die Schulbildung in der frühen Bundesrepublik prägte. Was der Begriff Ostkunde beschreibt, ist nicht genau zu ermitteln; auch die Ostkundler selbst gaben keine eindeutige Definition davon, was ihr Tätigkeitsfeld umfasste. Zwar postulierten sie immer wieder eine gemeinsame Theorie der Ostkunde, um den Eindruck innerer Geschlossenheit zu erwecken, über knappe Grundsätze zum ostkundlichen Unterricht und unsystematische Anweisungen über Planung und Verlauf des Ostkundeunterrichts kamen sie aber nicht hinaus. Allgemein kann jedoch festgehalten werden, dass Ostkunde eine Kunde vom deutschen Osten bzw. von Ostmitteleuropa beschreibt, welche die westdeutsche Bevölkerung und im Besonderen die deutschen Jugendlichen über die Geschichte der ehemaligen deutschen Ostgebiete unterrichten und eine Auseinandersetzung mit dem Kommunismus fördern wollte. Ebenso wenig eindeutig ist, wer zur Gruppe der Ostkundler zu zählen ist. Um möglichst alle Aspekte der ostkundlichen Bewegung zu erfassen, wird der Begriff Ostkundler in dieser Arbeit sehr weit gefasst: Zu den Ostkndlern werden daher all diejenigen Personen gezählt, die sich aktiv an der Ausgestaltung der Ostkunde beteiligten, indem sie sich in den unterschiedlichen ostkundlichen Lehrerverbänden engagierten, Vorträge auf ostkundlichen Fachtagungen hielten oder Aufsätze für ostkundliche Periodika verfassten. Diese Personen waren in erster Linie Lehrer – mehrheitlich Volksschullehrer, aber auch Gymnasiallehrer – die aus den ostdeutschen Gebieten stammten und nach Flucht und Vertreibung an westdeutschen Schulen unterrichteten. Nur in seltenen Fällen waren auch westdeutsche Lehrer in der Ostkunde aktiv. Diese Tatsache darf jedoch nicht zu dem verkürzten Rückschluss führen, dass alle Flüchtlings- und Vertriebenenlehrkräfte aus den ehemaligen Ostgebieten sich für die Ostkunde engagierten und westdeutsche Lehrer in ihrer Gesamtheit der Ostkunde ablehnend gegenüberstanden. Auch ein Großteil der vertriebenen und geflüchteten Lehrer zeigte sich zurückhalten bei der Umsetzung des Ostkundeprinzips in ihrem Unterricht.¹⁶ Zudem werden Lehrkräfte,

16 Vgl. Markus Mößlang: Flüchtlingslehrer und Flüchtlingshochschullehrer. Eine Studie zur Integration der Flüchtlinge im bayerischen Bildungswesen 1945-1961 (Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge 8), München 2002, S. 169f.

die lediglich von Zeit zu Zeit den ehemaligen deutschen Osten in ihren Unterricht einbezogen, nicht automatisch zur Gruppe der Ostkundler gezählt. Vielmehr handelt es sich bei den Ostkundevertretern um eine Gruppe von politisch aktiven Personen, die, wie im Rahmen dieser Arbeit gezeigt werden wird, mit der ostkundlichen Unterrichtsarbeit nicht nur eine emotionale Bindung an die ehemalige Heimat im Osten anstrebten, sondern in erster Linie konkrete politische Ziele verfolgten. Die genaue Zahl der Ostkundler lässt sich allerdings nicht ermitteln, da diese selbst nie preisgaben, wie viele Anhänger ihr Anliegen tatsächlich hatte und auch die landsmannschaftlich organisierten Lehrerverbände der Sudetendeutschen, Donauschwaben und Schlesier keine genauen Mitgliederzahlen veröffentlichten.¹⁷ Auch wenn die Zahl der aktiven Ostkundler nicht allzu hoch anzusetzen sein wird, darf deren Wirkung jedoch nicht unterschätzt werden. In dieser Arbeit wird deutlich werden, dass die Ostkundevertreter großen Einfluss auf staatliche Stellen gewinnen konnten und ihr Anliegen so zu einem allgemeinen Bildungsanliegen in den 1950er und 1960er Jahren machen konnten, das die Vorstellungen von Ost- bzw. Ostmitteleuropa und der deutschen Geschichte in diesen Gebieten vieler Schülerinnen und Schüler dieser Zeit entscheidend prägte.

Forschungsstand

Die westdeutsche pädagogische Forschung hat das Thema Ostkunde bislang nur am Rande behandelt. So liegen kaum kritische Arbeiten zur Ostkunde vor, lediglich in den 1960er und 1970er Jahren erschienen einige Schriften, die sich mit diesem zentralen Bildungsanliegen der Nachkriegszeit kritisch auseinandersetzen. Zu nennen ist hier Wolfgang Protzner, der in seiner Dissertation *»Kommunismus« als Gegenstand bayerischer Schul- und Bildungsbemühungen seit 1945*¹⁸ eine erste zusammenfassende Darstellung der

17 Für die Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Erzieher geht Rolf Meinhardt von einer Mitgliederzahl von etwa 2000 Lehrern aus, zeigt aber auf, dass die Angaben im Sudetendeutschen Erzieherbrief bezüglich der Anzahl der Mitglieder zwischen 1960 und 1972 zwischen 1000 und 2500 Mitgliedern schwankte. (Vgl. Rolf Meinhardt: *Deutsche Ostkunde. Ein Beitrag zur Pädagogik des Kalten Krieges 1945-1968*, Oldenburg 1978, S. 53.)

18 Wolfgang Protzner: *»Kommunismus« als Gegenstand bayerischer Schul- und Bildungsbemühungen seit 1945*, Erlangen-Nürnberg 1968. In der Schrift *Umstrittene Ostkunde* legt Protzner eine Zusammenfassung seiner Ergebnisse vor. (Wolfgang Protzner: *Umstrittene »Ostkunde«*, Kulmbach 1973.) Siehe auch: Wolfgang Protzner: *Ende der »Ostkunde«*. Dafür: Intensivere Behandlung Osteuropas im Unterricht, in: *Bayerische Schule*, 24. Januar 1975, S. 35-38. In diesen Veröffentlichungen geht Protzner jedoch substantiell nicht über das in seiner Dissertation bereits Gesagte hinaus.

ostkundlichen Bestrebungen in Bayern vorlegt. Protzner liefert zwei wichtige Erkenntnisse. Zum einen stellt er fest, dass die in der bayerischen Landesgemeinschaft für Ostkunde im Unterricht organisierten Lehrer auch Mitglieder im Bund der Vertriebenen waren, zum anderen skizziert er zwei Ostkunde-konzeptionen: einerseits die Konzeption einer deutschen Ostkunde – »Heimweh-ostkunde« – und andererseits die Konzeption einer Osteuropakunde. Während erstere ehemalige und aktuelle Probleme Ostdeutschlands als zentrale Aufgabe angesehen habe, sei letztere durch die Absicht gekennzeichnet, alle mit den heutigen ostmitteleuropäischen Staaten und den ehemaligen deutschen Ostgebieten verbundenen Fragen zu behandeln. Problematisch ist jedoch, dass Protzner selbst für die Osteuropakunde plädiert und dabei weitestgehend der Argumentation der Vertreter dieser Richtung folgt, ohne deren Positionen kritisch zu hinterfragen. Auch die Selbstdarstellung der Ostkundler wird von ihm zu großen Teilen übernommen.

Eine knappe Analyse über die wissenschaftliche Rückständigkeit des ostkundlichen Unterrichts legt Caesar Hagener¹⁹ vor. Er kommt zu dem Urteil, dass eine Ostkunde im Schulunterricht eine Anpassung an den Status quo der Bewusstseinslage zur Zeit des Kalten Krieges und zudem eine Gesinnungsbildung anstrebte. Demgegenüber thematisiert Reinhard Strecker²⁰ die völkische Tradition der Ostkunde und die personellen Verstrickungen unterschiedlicher Vertreter der Ostkunde mit dem Nationalsozialismus. Strecker zufolge handelt es sich bei der Ostkunde vor allem um eine antipolnische »Gehirnwäsche für Generationen«²¹. Nur am Rande behandeln Rolf Schmiederer²², Klaus Hildebrand²³ sowie Hannelore Viehmann und Reinhard Hamel²⁴ das Thema Ostkundeunterricht. Alle Autoren kritisieren vor allem die antikomunistische Intention der ostkundlichen Bestrebungen in der Nachkriegszeit und setzen sie so in Zusammenhang mit dem Totalitarismuserlass der Kultusminis-

19 Caesar Hagener: Zum Beispiel Ostkunde. Über den »cultural lag« pädagogischer Meinungen, in: Westermanns Pädagogische Beiträge, 21/1969, S. 1-12.

20 Reinhard Strecker: Ostkunde durch mehrere Generationen. Zitate als Beispiele einer deutschen Tradition, in: Kommunität, 56/1970, S. 124-138.

21 Reinhard Strecker: Gehirnwäsche für Generationen, in: Günter Berndt/ders.: Polen – ein Schauernmärchen oder Gehirnwäsche für Generationen. Geschichtsschreibung und Schulbücher – Beiträge zum Polenbild der Deutschen, Hamburg 1971, S. 16-53.

22 Rolf Schmiederer: Zwischen Affirmation und Reformismus. Politische Bildung in Westdeutschland seit 1945, Frankfurt a. M. 1972.

23 Klaus Hildebrandt: Das Fach Geschichte in den Lehrplänen der Bundesrepublik, in: Helmut Hoffacker/ders. (Hg.): Bestandsaufnahme Geschichtsunterricht. Programmatik, Materialien, Perspektiven, Stuttgart 1973, S. 13-37.

24 Hannelore Viehmann/Reinhard Hamel: Ostkunde im Schulunterricht – Antikomunismus in Aktion, in: Facit. Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik, 29/1973, S. 21-33.